

GO M.A.D. – GO Meet a Deputy!

Ein Gespräch des Brüsseler Demeter Büros mit der **Europa-Abgeordneten Gabriele Zimmer** (Die Linke) im Rahmen der Kampagne „Good Food Good Farming“ von ARC 2020

Am 12. März 2013 werden die Mitglieder des Europäischen Parlaments zum ersten Mal über die zukünftige Gemeinsame EU-Agrarpolitik (GAP) abstimmen. Der Vorschlag der EU-Kommission für stärkere Ökologisierungsaufgaben kurz „Greening“ genannt, wurde am 23. Januar vom Agrarausschuss des EP abgelehnt. Das Plenum des Parlamentes im März in Strassburg ist nun die letzte Chance, das „Greening“ doch noch zu realisieren.

Im Zuge der Kampagne „GO M.A.D“ von Arc 2020 (Agricultural and Rural Convention) habe ich ein Interview mit der Europa-Abgeordneten Gabriele Zimmer von Der Linken geführt. In erster Linie ging es um die Verwässerung der „Greening-Auflagen“ bezüglich der Direktzahlungen. Bei Verstoß gegen die „Greening-Auflagen“ soll es zukünftig keine Sanktionen in der Basisprämie geben, sondern nur 30 Prozent der Zahlungen wegfallen. Damit wird das „Greening“ zu einer freiwilligen Option. Die Europa-Abgeordnete Gabriele Zimmer kann diesem Vorschlag nicht zustimmen; Klimaschutz und der Erhalt der Biodiversität sind wichtige Gesichtspunkte in der Agrarpolitik, nicht zuletzt im Hinblick auf die Hungerbekämpfung in Entwicklungsländern. Eine umweltschonende und ökologische Landwirtschaft ist auch eine nachhaltige Landwirtschaft, welche wiederum einen Stützpunkt der Ernährungssicherung bildet. Laut Gabriele Zimmer müssen vor allem die Kleinbauern in Entwicklungsländern unterstützt werden, eine sichere und regionale Landwirtschaft zu betreiben. Langfristig gesehen sollen Landwirte aus Entwicklungsländern von ihrer eigenen Produktion leben können und nicht von Entwicklungsgeldern und Importen abhängig bleiben. Gabriele Zimmer kritisiert, dass in der aktuellen Diskussion der GAP Reform, genau dieses Thema der Ernährungssicherung in Entwicklungsländern nicht genügend beachtet wird. Die EU-Agrarpolitik hat einen großen Effekt auf die Agrarentwicklung in Ländern der Dritten Welt, daher ist ein Monitoring der globalen Auswirkungen und die Einhaltung internationaler Abkommen unbedingt notwendig. Der Agrarausschuss hingegen plädiert, dass keine Überprüfung der Auswirkungen der EU-Agrarpolitik auf Welthunger und Landwirte in Entwicklungsländern stattfindet. Um stärker gegen den

Hunger in unserer Welt zu kämpfen, ist eine Abstimmung für den Vorschlag der EU-Kommission und gegen den Vorschlag des Agrarausschusses von großer Bedeutung. Gabriele Zimmer würde sich allerdings wünschen, dass die Gemeinsame Agrarpolitik sich enger mit der Entwicklung und Ernährungssicherheit befasst.

*Milena Reynaud (Praktikantin),
Demeter International Büro Brüssel
Brüssel, den 26.02.2013*